

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanfragen, Bestellungen und Abbestellungen sind zu richten an den Verleger, Wilsdruff, Markt 1. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist an allen Tagen von 8 bis 12 Uhr besetzt. Die Redaktion ist an allen Tagen von 8 bis 12 Uhr besetzt.

Alle Postanfragen, Bestellungen und Abbestellungen sind zu richten an den Verleger, Wilsdruff, Markt 1. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist an allen Tagen von 8 bis 12 Uhr besetzt. Die Redaktion ist an allen Tagen von 8 bis 12 Uhr besetzt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 19 — 91. Jahrgang Seleg.-Abz.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postkod.: Dresden 2640 Sonnabend, den 23. Januar 1932

Das Jubiläum.

Vom 20. Januar 1930 bis zum 20. Januar 1932 — Das harte Nein! — Tribute und Politik — Gefährliche Lockrufe.

Am 20. Januar 1930 legten die Vertreter Deutschlands und seiner wichtigsten Gläubigerstaaten in der holländischen Stadt Den Haag die Unterchriften unter dem mühsam fertiggestellten „Neuen Plan“, — und genau zwei Jahre später scheitert durch eine lähl-nüchterne Erklärung des französischen Ministerpräsidenten der erste Versuch, auf einer neuen Konferenz mindestens eine Revision jenes Young-Plans herbeizuführen. Aber „tot-gelauert“ hatte sich dieses Werk des 20. Januar 1930 schon fast drei Vierteljahre zuvor, als das Hoover-Moratorium die tatsächliche Einstellung fast aller deutschen Zahlungsbilanzen für ein Jahr brachte, um für eine Revision den Weg und — die Köpfe freizumachen. Wie wenig das in Frankreich gelungen ist, zeigt das scharfe Nein! ja ganz in der seit Verkündung des Hoover-Moratoriums befolgte Linie der französischen Politik, jedem Versuch unter Einsetzung aller Mittel und Kräfte entgegenzutreten und entgegenzuwirken, der an den Buchstaben des Young-Plan etwas ändern wollte. Auf alle Gründe, die sich von den Mitgläubigern Deutschlands, den Vizepräsidenten vom 20. Januar 1930 für die Notwendigkeit einer Revision des Young-Plans vorgebracht wurden und werden, antwortet nur das harte Nein! Laval's und seiner Volksgenossen. Keine Abweichung von dieser politischen Linie ist die wiederholt geäußerte „grundtätliche“ Bereitwilligkeit des französischen Schuld-Gläubigers, ein längeres Moratorium für die deutschen Zahlungen selbst hinzunehmen. Man würde dann den Young-Plan als juristisch gültig bleibenden Vertrag hinüberretten über eine „Gefahrenzone“, über die Zeit der tatsächlichen und auch gar nicht bestrittenen derzeitigen Zahlungsunfähigkeit Deutschlands.

Rückblicke auf äußere Einzelheiten dieser sich schließlich zu einem wilden Wirrwarr steigenden zweijährigen Entwicklung lohnen nicht mehr. An ihrem Schluß steht die Weltwirtschaftskrise von ungeahntem Ausmaß mit der Erschütterung zahlreicher Währungen und ihrer Krümmung des Handels, — steht aber gegenüber all diesem das unerschütterliche Nein! des von der Krise nur unwesentlich verhaltenen, auf einem riesigen Goldschatz sitzenden Frankreichs. Seiner ganzen wirtschaftlichen Konstruktion nach ist dieses Land mit dem geradezu riesenhaften Kolonialbesitz durchaus in der Lage, den Gedanken der heute so viel beherrschten „nationalen Wirtschaft“ bis in die letzten Folgerungen durchzuführen. In dem rohstoffarmen, sehr viel stärker industrialisierten Deutschland aber steht es damit ganz anders. Es muß durch Arbeit die Ausfuhrwerte schaffen, mit denen es sich draußen die Rohstoffe kauft. Schon damit wird ein Satz in der Rede Laval's vollkommen unsinnig, in dem er durch Aufrechterhaltung der deutschen Tributverpflichtungen auf Generations hinaus die Absicht zum Ausdruck bringen will, „zwischen Deutschland und Frankreich ein Gleichgewicht der Erzeugung und Lebensbedingungen erreicht werden“. Mit sachlichen Gründen gegen diese Geistesleistung anzukämpfen, ist um so zweckloser, als auch hier der harte Bericht laut, aber offenbar vergeblich das Gegenteil sagt: daß Deutschlands Wirtschaft um einen großen Teil ein Trümmerhaufen ist. Und diese Feststellung wurde dort auf Grund eines Zahlenmaterials von den sachverständigen Vertretern auch solcher Mächte getroffen, die selbst von der angeblich vernichtenden Produktionskraft eines von seinen Tributlasten mehr oder weniger befreiten Deutschlands bedroht werden würden. Schon rein völkisch und weltwirtschaftlich gesehen wird also diese „Begründung“ Laval's für die Aufrechterhaltung der Tribute zu einer fast naiven Untermis der „Produktions- und Lebensbedingungen“ Deutschlands, wird zu einer kaum noch verhaltenen „Agnition“ der deutschen Young-Plan-Lasten für den Zweck der politischen Niederhaltung Deutschlands, — und ruft die melancholischen Sätze des Young-Plans auch jetzt, nach zwei Jahren, wieder ins Gedächtnis zurück, daß die Sachverständigen nach eigenem Eingeständnis bei ihren damaligen wirtschaftlichen und finanziellen Verhandlungen und Beschlüssen auf „Grenzen“ gestoßen seien, die von politischen Faktoren geiegt wurden! Von diesem „unzerstörbaren Charakter“ des Young-Plans hat sich — wenigstens für Frankreich — seit dem 20. Januar 1930 auch nichts geändert.

Noch läuft das Hoover-Moratorium und in dieser „Deckung“ kämpft Deutschland um sein Dasein. Noch steht die Reichsmark unerschüttert, aber um sie herum werden Wirtschaft und Menschen in Trümmern. Sie häufen sich

Neue scharfe Absage Laval's an Lausanne

Nein in der Französischen Kammer.

Das „reiche“ Deutschland und das „arme“ Frankreich. In der außenpolitischen Aussprache in der Französischen Kammer stellte der Abgeordnete Martin fest, daß die Reparationen auf der Kriegsschuldklausel beruhen, sie seien das Zeichen der Schuld Deutschlands am Weltkrieg und dürften schon deshalb nicht aufgegeben werden. Frankreich habe in Wirklichkeit bis heute noch nicht sieben Prozent (!) dessen erhalten, was man ihm schulde. Der Redner stellte an Hand der Außenhandelsbilanz Frankreichs und Deutschlands die Behauptung auf, daß nicht Deutschland arm sei, sondern Frankreich, und daß nicht Deutschland finanzielle Unterstützung brauche, sondern Frankreich. Weiter behauptete er, daß Deutschland in einer geradezu ungeheuren Weise aufgerüstet habe. Es gebe kein Volk, bei dem der Reichtum und der Geist so unterhalten werde, wie in Deutschland. Die Pflicht der Regierung sei es, gegenüber diesem Deutschland nicht nachzugeben. Herriot wies darauf hin, daß der Ausgangspunkt der Aussprache die Erklärung des Reichsanzlers sein müsse, in der der Wille zum Ausdruck komme, keine Reparationen mehr zu zahlen. Diese Auffassung sei für alle Völker unannehmbar, die in der Achtung vor den Verträgen lebten. Unter dem Gelächter des Hauses verlas Herriot einige Stellen aus dem Daager Abkommen, in denen Deutschland sein Bedauern ausdrückt, daß die Möglichkeit seines Willens, den Plan zu zerstören“ überhaupt in Erwägung gezogen werde. Heute gebe es in Deutschland zwar viel Geld, aber was für heute gelte, gelte noch lange nicht für die Zukunft. Man müsse Deutschland für die Zeit der Krise helfen, aber nur unter der Bedingung, daß das Reich eines Tages ebenso weitzugig gegenüber Frankreich sein werde. Es sei sehr wohl möglich, daß die Krise in Frankreich ihren Höhepunkt erst erreiche, wenn Deutschland sie bereits überstanden habe.

Laval sagt: Nur Aufschub!

Aussprache in der Französischen Kammer. Die Kammer setzte die Aussprache über die Außenpolitik der Regierung fort. Radikalfazialist Bergery ging von der Tributentlastung Dr. Brüning's aus und meinte, daß die Haltung der Reichsregierung bereits eine Auswirkung des Hitlerischen Dudes sei. Man müsse annehmen, daß Brüning absichtlich eine Hitler-Politik treibe, um ihn von der Regierungsübernahme fernzubalten. Das sei jedoch erst durch die negative Politik der französischen Regierung möglich geworden. Man sei in Deutschland heute an einem Punkt angelangt, wo man sich sage, daß alles besser sei, als auf dem gegenwärtigen Wege weiterzugehen. Aufgabe Frankreichs sei es, durch die Änderung seiner Politik die Psychologie Deutschlands umzuwandeln.

Ministerpräsident Laval.

wiederholte die in der Regierungserklärung gemachten Ausführungen und gab dann einen Überblick über die vergangene deutsch-französische Politik von der Rheinlandräumung ab und ging schließlich auf die letzten Ereignisse über. Nach den Erklärungen des Reichsanzlers, so fuhr Laval fort, kann man sich über die Absichten der Reichsregierung nicht mehr im Zweifel sein. Brüning annulliert zwar nicht den Young-Plan, er erklärt aber, daß das Reich auf Jahre hinaus nicht zahlen kann. Frankreich wird niemals auf die Rechte verzichten, die ihm durch die Verträge zustanden sind, und die nur einen Teil der erlittenen Schäden wiedergutmachen. Diese deutsche These ist für uns unannehmbar. Laval verwies auf die Schlussfolgerungen der Baseler

und dieses Problem, die Menschen wieder in die von neuem aufzubauende Wirtschaft hineinzuführen, läßt das Wort „Kreditschwächung“ zu einem Schrei der Sehnsucht werden. Läßt wieder Pläne aufschwachen, Vorschläge auftauchen, die ihre Beeinflussung von den gegenwärtigen englischen Währungsverhältnissen her nicht verleugnen. In den Plänen, Amortisierung der Forderungsbasis für unsere Zahlungsmittel („Begegnung“ oder „Kredit“ und daher auch Zahlungsmittel, „ausweitung“ auf einem ähnlichen Wege wie bei Schaffung der Rentenmark (Loebe) ist zu sagen, daß das deutsche Volk in erster Linie die Güte der Währung erhalten haben will. Was wir durch die dunklen Tage des vergangenen Sommers hindurchreteten, muß uns auch heute in dem Chaos ringsum ein fester Halt bleiben. Dr. Br.

Sachverständigen, aus denen hervorgehe, daß Deutschland nach Überwindung der Krise einen großen Aufschwung erlebe.

Diese Schlussfolgerungen ermächtigen uns, eine endgültige Neuregelung der Reparationsfrage zu verweigern, weil die Zahlungsfähigkeit des Reiches nicht nach der augenblicklichen Lage bemessen werden kann. Wir sind bereit, für die Periode der wirtschaftlichen Krise eine neue Abrede zu treffen, wir werden aber keinenlei Herabsetzungen der Reparationen zustimmen, wenn sie nicht durch eine gleichzeitige Herabsetzung unserer Schulden gegenüber Amerika ausgeglichen werden.

Wir werden außerdem stets die Zahlung des ungeführten Teiles der Reparationen verlangen. Dies sind die neuen Opfer, die wir nach allen anderen bereit sind zu machen.

Bei den kommenden Verhandlungen kann nur die Rede von einem Moratorium sein.

Deutschland darf nicht seinen eigenen Willen diktieren. Die deutschen Methoden haben bei uns keinen Einfluß. Sie stärken im Gegenteil das Gefühl der Würde und der nationalen Selbstständigkeit. (Großer Beifall auf den Banken der Regierungsmehrheit.)

Die Aufgabe, die sich Frankreich gestellt hat, kann nur erfüllt werden, wenn die Moral nicht aus den gegenseitigen Beziehungen ausgeschaltet wird.

In der Abrüstungsfrage bleibt Frankreich bei seiner bisherigen Haltung, die sich auf den Völkerverbund stützt. Frankreich nimmt keine Improvisierung an. Abschließend erklärte Laval, daß Frankreich in der augenblicklichen Lage kaltes Blut und starken Willen brauche, um seine Aufgabe zu erfüllen. Die Opposition forderte er mit erhobener Stimme auf, angesichts der schwierigen Lage alle parteipolitischen Gegensätze fallenzulassen und über die Parteien und über Persönlichkeiten hinweg sich im Interesse Frankreichs und des Friedens zusammenzuschließen.

Stimmenmehrheit für Laval.

Bei der endgültigen Abstimmung über den von der Regierung unterstützten Entschließungsantrag erzielte die Regierung mit 312 gegen 261 Stimmen eine Mehrheit von 51 Stimmen. Der Entschließungsantrag hat folgenden Wortlaut: Die Kammer bleibt der internationalen Zusammenarbeit und der Organisierung des Friedens treu, deren Grundlage die Achtung vor den Verträgen ist. Sie stimmt der Regierungserklärung zu, drückt der Regierung das Vertrauen aus und geht ohne Zusatzantrag zur Tagesordnung über.

Der Eindruck der Lavalrede in Berlin.

Berlin, 22. Januar. In Berliner politischen Kreisen schlicht man aus der ungewöhnlichen Schärfe, durch die sich die Rede des französischen Ministerpräsidenten Laval in der Kammer auszeichnete, daß man in Paris offenbar daran interessiert sei, die Gegenstände möglichst herauszutreiben, statt einen Weg der Einigung zu suchen. Zu dem sachlichen Inhalt der Laval-Rede wird festgestellt, daß die französische Regierung einen formalen Rückzug auf den Youngplan angetreten hat und sich jetzt auf Formalien verleiht, wogegen natürlich eine so engstirnige Auffassung über die — wie das Baseler Gutachten selbst sagt — „weltweite Bedeutung des deutschen Problems“ der wirklichen Sachlage nicht gerecht wird. Unter die Augen Laval's hätte der französische Ministerpräsident am wenigsten das Recht, sich auf das Baseler Gutachten zu berufen, das ausdrücklich ein gemeinsames Handeln der Regierungen dringend fordert und an mehreren Stellen den Hinweis enthält, das die Weltwirtschaftskrise durch die Tribute und die internationalen Schulden zumindestens weitestgehend beeinflusst wird. Gerade dies scheint jetzt die französische Regierung gesonnen zu übersehen. Ein Moratorium, wie es Laval bestenfalls zugestehen will, könnte nur den Versuch einer Verschleierung, nicht aber eine Heilung der Krise bedeuten. Wie endlich Laval von Opfern sprechen kann, die Frankreich gebracht habe und noch zu bringen bereit sei, zumal die Pariser Regierung auf der Weiterzahlung der ungehörigsten Rate als dem in jedem Falle zu sichernden Reingewinn Frankreichs zu bestehen scheint, ist unerfindlich. Die Hinweise auf die Moral und der Vergleich mit Verträgen im Privatleben sind insofern abwegig, als selbstverständlich auch im Privatleben Verträge unanwendbar werden können, weshalb denn noch Recht und Billigkeit entscheiden werden muß. Eine Einigung nach Recht und Billigkeit sei aber gerade das Verlangen der Reichsregierung.

Laval fährt doch nach London.

Paris. In politischen Kreisen wird berichtet, daß Laval demnächst zur persönlichen Zahlungsbekämpfung nach London reisen werde. Der „Intransigent“ behauptet diese Nachricht und fügt hinzu, daß der Besuch bei Macdonald vermutlich schon in acht Tagen stattfinden werde. Man hebt in Paris im übrigen hervor, daß die Reise des Ministerpräsidenten im Interesse der englisch-französischen Verständigung sehr zu begrüßen sei.